



Beschluss der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin, 08.12.2020

EIN KLIMA-BÜRGER*INNENRAT FÜR BERLIN

Als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus streiten wir seit vielen Jahren für ambitionierten und beschleunigten Klimaschutz und eine Anpassung der Stadt an den bereits stattfindenden Klimawandel. Wir haben mit der rot-rot-grünen Koalition seit 2016 schon eine Menge angestoßen: Das deutschlandweit erste Mobilitätsgesetz, der erste gesetzlich verankerte Kohleausstieg, die Anerkennung der Klimanotlage oder das Umsetzungskonzept zum Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) sind wichtige Meilensteine. Und wir sind noch lange nicht fertig, wollen und dürfen uns auf den Erfolgen nicht ausruhen.

Klimaschutz in Berlin muss schneller, tiefgreifender und radikaler erfolgen, damit wir auf den 1,5 Grad-Pfad kommen. Denn das ist die bittere Wahrheit: So hart errungen viele der bereits beschlossenen Maßnahmen auch sind, sie reichen für die Bewältigung der Klimakrise nicht aus, die sich kontinuierlich verschärft. Für mehr Maßnahmen und für eine beschleunigte Umsetzung müssen außerdem Strukturen und Prozesse verbessert werden.

Wenn wir schneller werden wollen – und das müssen wir – dann brauchen wir nicht nur mehr Ideen, wir brauchen auch gemeinsame Aushandlungsprozesse angesichts von vielfältigen Zielkonflikten, die unsere Stadtgesellschaft sehr unmittelbar betreffen. Klimaschutz kann nicht einfach von oben verordnet werden, er braucht eine breite gesellschaftliche Verankerung und eine breite Akzeptanz für die nächsten Schritte. Dafür braucht es eine aktive Beteiligung der Berliner*innen an der Erarbeitung von Maßnahmen, am Diskurs über die Abwägung von sozialen und gesellschaftlichen Folgen und beim Ringen um kluge Kompromisse sowie um eine ambitionierte Umsetzung. Die Herausforderung, die vor uns liegt, ist gewaltig. Um sie zu bewältigen, wollen wir einen Klima-Bürger*innenrat für Berlin.

Wir beglückwünschen die Initiative „Klimaneustart Berlin“ zu – trotz Corona – über 32.000 gesammelten Unterschriften für einen solchen Klima-Bürger*innenrat. Das verschafft uns Rückenwind für die Realisierung dieses Vorhabens, für das wir Bündnisgrünen uns auch in unserem Grundsatzprogramm ausgesprochen haben.

Wir unterstützen den schnellen Aufbau eines Berliner Klima-Bürger*innenrats ausdrücklich. Und wir sind überzeugt: Ein solcher Rat wird wichtige Impulse setzen, die parlamentarische Demokratie ergänzen und die Klimapolitik bereichern. Er gibt Raum für Debatten und Lösungen jenseits eines Populismus, der die klimapolitischen Debatten immer stärker prägt und weder den Erkenntnissen der Wissenschaft noch der Komplexität der realen Zielkonflikte Rechnung trägt. Die Welt, Europa, Deutschland und auch Berlin bleiben hinter dem zurück, was möglich und was geboten ist.

Klimapolitik kostet, kein Klimaschutz kostet mehr. Ein Klima-Bürger*innenrat gibt Raum, Verteilungsfragen anders, klüger, langfristiger zu diskutieren, als das in einer nur auf den nächsten Wahltermin fokussierten Parteiendemokratie möglich ist. Wir sind überzeugt: Die Berliner*innen wissen, was gut ist für sie, für ihre Kinder, ihre Enkel*innen und ihre Stadt. Sie werden diskutieren, ringen, abwägen und dabei Neues erdenken, Innovationen anschieben, Kluges entstehen lassen. Vor allem können sie dabei Akzeptanz erzeugen, die in einem ritualisierten Klimadiskurs und zwischen erstarrenden Fronten immer mehr schwindet.

Genau diese Akzeptanz ist notwendig, um Berlin mit einer sozial-ökologischen Transformation auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Repräsentativ geloste Bürger*innen können in einem gut moderierten Verfahren, mit Unterstützung von Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft, Vorlagen für notwendige politische Entscheidungen erarbeiten.

Ein Klima-Bürger*innenrat muss mit dem nötigen Ernst und mit einem starken Mandat aus der Politik ausgestattet werden, um seiner Aufgabe gerecht zu werden. Dazu gehört auch, die Arbeit des Rats mit der nötigen Infrastruktur angemessen zu untersetzen. Das können die Bürger*innen zu Recht erwarten, die sich ehrenamtlich einbringen werden. Wir werden uns zeitnah mit unseren Koalitionspartner*innen und der Initiative zusammen setzen, um den Klima-Bürger*innenrat möglichst noch in dieser Legislatur umzusetzen und noch offene Fragen zu klären.

Für uns ist dabei wichtig, dass

- sich sowohl Senat als auch Parlament für einen solchen Rat aussprechen, daher streben wir eine Einberufung durch das Abgeordnetenhaus und den Senat an.
- die finanziellen Mittel für die Arbeit, die Moderation und wissenschaftliche Begleitung bereit gestellt werden.
- die Repräsentativität durch ein professionelles Verfahren gesichert ist. Dabei sollen alle Menschen ab 16 mit Wohnsitz in Berlin mit einbezogen werden, unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Es ist dabei sicher zu stellen, dass der Klima-Bürger*innenrat einen Querschnitt der gesamten Stadtgesellschaft darstellt. Mögliche Sprachbarrieren sind mit geeigneten Mitteln zu überwinden. Zudem ist die Repräsentativität in Bezug auf Geschlecht, Alter, Bildungsstatus, Einkommensstatus und lokale Verankerung sicherzustellen.
- der Klima-Bürger*innenrat konkrete Politikempfehlungen erarbeitet, die geeignet sind, die „Politiklücke“ zu schließen, die zwischen den bereits erreichten bzw. beschlossenen Maßnahmen und dem, was die Wissenschaft an zusätzlichen Schritten für nötig hält, um auf den 1,5 Grad Pfad zu kommen, besteht.
- die Teilnehmer*innen eine wissenschaftliche Begleitung durch unabhängige Expert*innen bekommen.
- die Sitzungen und insbesondere die Debatten in hohem Maße transparent sind. Wir streben eine stadtweite Debatte über radikal nötige Klimaschutzmaßnahmen und die Lösung vorhandener Zielkonflikte an.
- Ergebnisse des Klima-Bürger*innenrats rechtzeitig zur Weiterentwicklung des Berliner Energie und Klimaschutzprogramms (BEK) im Jahr 2022 vorliegen. Wir Bündnisgrünen setzen uns dafür ein, dass die Vorschläge des Klima-Bürger*innenrats so umfassend wie möglich in die weitere Ausgestaltung des BEK einfließen und ggf. auch darüber hinaus Grundlage wichtiger Weichenstellungen in Senat und Abgeordnetenhaus werden.